

# Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

### Bezugs-Preis

In unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezüge durch die Post 0,80 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung  
verantwortlich  
Carl Schurmann



Druck und Verlag  
C. Thunemanns Buchdruckerei  
Rheinsberg

### Anzeigen

Für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5-petaltene Zeitspaltze oder deren Raum berechnet und bis donnerstags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 61

Fernsprecher

Donnerstag, den 24. Mai 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

— Berlin, den 23. Mai 1928.

## Chronik des Tages.

Der Misserfolg der polnischen Kandidaten bei den deutschen Wahlen hat in Warschau einen niedergedrückten Eindruck gemacht.

Der Deutsche Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum trat zu seiner neunten Sondertagung zusammen.

Der litauische Ministerpräsident Pothomaras hatte mit Chamberlain in Linterhaus eine Unterredung.

In Anwesenheit zahlreicher Delegierter wurde in Rom die zweite internationale Konferenz für die Kodifizierung des Strafrechts eröffnet.

Spanien hat größere Truppenenteile nach der südtürkischen Wundschlacht in Marasch geschickt.

Die Selbstschutztruppe in Hamburg hat bis jetzt 9 Todesopfer gefordert.

In St. Konrad bei Linz an der Donau sind 21 Bauernhöfe bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Beim Landen eines Trajektampfers im Hafen von Toulon wurden zehn Personen lebensgefährlich verletzt.

Bei Taragona in Spanien hat ein junger Bauer 11 Personen ertränkt und eine Anzahl schwer verletzt.

Aus dem Mathe-Bergwerk in Pennsylvanien wurden bislang 60 Tote geborgen. 140 Bergleute, die sich noch im Schacht befinden, gelten als rettungslos verloren.

## Was nun?

Der Ausfall der Reichstagswahlen hat die Parteien vor die Notwendigkeit gestellt, eine neue Regierungsmehrheit zu bilden. Was man über die Bedeutung der Wahlen verschieden denken, darüber, daß die bisherige Reichsregierung nicht mehr bestehen wird, ist man sich auf allen Seiten einig! Sie hat ihre Mehrheit verloren. Eine weitere Änderung der Situation ergibt sich daraus, daß diesmal die Sozialdemokratie gewillt ist, in die Regierung einzutreten, unbekümmert um die Opposition der Kommunisten.

Die Zusammenfügung der neuen Regierung ist nun, nachdem die Wähler gesprochen haben, von den Verhandlungen der Fraktionen abhängig, bis zu deren Zusammentritt noch einige Wochen vergehen dürften. In der Zwischenzeit erwidert die Presse die Möglichkeit einer neuen Wehrheitsbildung. An die Möglichkeit, eine Einheitsregierung sämtlicher bürgerlichen Parteien und Gruppen zu bilden, wird nicht so recht geglaubt; im Vordergrund der Überlegungen steht vielmehr die Frage der Koalition, d. h. eine Regierung aus Deutscher Volkspartei, Zentrum Bayerischer Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten. Parlamentarisch würde eine solche Koalition 292 Mandate von insgesamt 489 beitzien, also über eine sichere Mehrheit verfügen.

Ob es tatsächlich zu Großen Koalition kommt, kann heute mit Sicherheit noch nicht gesagt werden. Die Entscheidung liegt bei den Fraktionen und ist davon abhängig, wie die Parlamentarier die Reichstagswahl vom 20. Mai auslegen werden. Außenpolitisch dürfte man sich von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten auf eine einheitliche Linie zusammenfinden können. Auch über die Position des Außenministers wird es keine Differenzen geben. Die Politik Dr. Stresemanns erweist sich auch bisher der Unterstützung durch die Sozialdemokraten; außerdem ist Dr. Stresemann einer der im Auslandsebene bekanntesten deutschen Politiker und der Träger des Friedensnobelpreises.

Größere Schwierigkeiten als die Festlegung der außenpolitischen Richtlinien dürfte die Aufstellung eines inner- und wirtschaftspolitischen Programms der Großen Koalition bereiten. Hier mag es schwer halten, alle Parteien unter einen Hut zu bringen. Auf der rechten ist man geneigt, eine weitere Erhärtung in der Größe des sozialistischen Stimmzuges zu erblicken. Man verneint davon, daß die Sozialdemokratie in der Großen Koalition über mehr Stimmzettel verfügen wird als alle übrigen bürgerlichen Parteien zusammengekommen. Außerdem befürchtet man von dem überragenden Mandatsergebnis der Kommunisten eine Radikalisierung des linken Flügels der Sozialdemokraten. Letzten Endes kann ein Urteil über die Große Koalition somit erst nach der Auswahl der Männer gefällt werden, die von den neuen Regierungsparteien in das Kabinett entsandt werden.

Ein erstes Wort muß noch über die Splitterparteien gesagt werden. Wie verheerend sich der Parteienirrwarr ausgewirkt hat, geht daraus hervor, daß von den 31 Parteien der Reichstagswahlauflösung nur 14 Mandate errungen haben. Wie übrigen sind hier ausgegangen! Aber sie haben eine ansehnliche Stimmzahl auf sich vereint, nämlich 801.161! Zu dieser Zahl müßten aber auch noch die 360.000 Stimmen hinzugezählt werden, die für die Volkspartei über die mandatsfähigen hinaus abgegeben worden sind. Bekanntlich entfällt im Reich auf 60.000 Stim-

men ein Mandat, wobei die Reststimmen aus den Wahlkreisen und Wahlkreisüberbänden auf die Reichsliste verrechnet werden. Jedoch dürfen auf der Reichsliste nicht mehr Mandate zugewiesen werden, als die Parteien in den Wahlkreisen erröbet haben. Alles in allem sind somit rund 1.167.000 Stimmen zerstückelt, wodurch 19 Mandate verloren gingen! Ein trauriger Muth für die Splitterparteien. Die Leidtragenden waren die bürgerlichen Parteien.

Während die Sozialdemokratie und erst recht die Kommunisten mit dem Wahlausfall zufrieden sind, kann das gleiche von den bürgerlichen Parteien nicht gesagt werden. Nicht nur, daß das Stärkeverhältnis der bürgerlichen Fraktionen durch die Splitterparteien vergrößert wurde, eine weitere Schwächung erlitten die nichtsozialistischen Fraktionen noch dadurch, daß die bürgerliche Seite des neuen Reichstags ein recht buntes Bild bietet. Hoffentlich bringt die Schwäche mehrerer kleinerer Gruppen hier eine Veränderung, indem sich die kleinen Gruppen größeren Parteien anschließen.

Das Echo der Wahl ist verschiedenes ausgefallen. Die Deutschnationalen sind über die zahlenmäßige Größe ihres Mandatsverlustes wenig erbaut, das Zentrum ist bestürzt, weil es erstmals eine größere Mandatsverluste zu verzeichnen hat, und ebenso ist man in der Deutschen Volkspartei und bei den Demokraten durchaus nicht zufrieden. Die Demokraten haben der letzten Reichsregierung von Anfang an in Opposition gegenübergestanden, und die Volkspartei erhebt trotz der Popularität ihres Führers einen Protest. Im Auslande wartet man den Wahlausfall als einen Sieg des republikanischen Gedankens, als ein Kennzeichen zu internationaler Zusammenarbeit. Wir möchten dazu bemerken, daß sich jede deutsche Regierung zu internationaler Zusammenarbeit betonen wird. Die Schwierigkeiten in dieser Hinsicht rühren daher, daß unsere ehemaligen Gegner sich nicht entschieden genug für die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eingestellt haben. Und darüber soll man sich in Paris seiner Fäulung hingeben: die Verletzung des Versailler Vertrags und die Größung der Reparationslasten sind die größten Hindernisse für den Teil jeder deutschen Regierung. Beide Probleme sind längst einer Lösung reif. Ist man dazu nicht bereit, und ist man insbesondere nicht gewillt, der deutschen Nation dabei Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, dann kann es keine internationale Zusammenarbeit geben, gleichgültig, wie sich der Deutsche Reichstag zusammensetzt.

## Das Echo der Reichstagswahl.

Die Stellungnahme der Parteien. — Der Eindruck im Auslande. — Die Frage der Rheinländerklärung.

Der Ausfall der Reichstagswahl wird in der deutschen Presse eingehend erörtert; ebenso schenken die führenden Blätter des Auslandes den Wahlen in Deutschland große Aufmerksamkeit. Die führenden Reichszeitungen, die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“, folgern aus den Verlusten der Deutschnationalen die Notwendigkeit im eigenen Saume Umsturz zu halten und den Apparat mit neuem Geist aufzurichten. Der einzige Ausweg werde vielleicht darin liegen, in Kürze einen neuen Appell an die Wähler zu richten. Die „Tägliche Rundschau“, die sich bekanntlich zur Deutschen Volkspartei bekennt, erklärt, eine Reichskoalition sei nicht möglich, somit müßte die Bildung einer Regierung der Großen Koalition versucht werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ äußert sich dahin, dem Sinne des parlamentarischen Systems würde es entsprechen, wenn die Sozialdemokratie die Regierungsbildung übernehmen und zeigen würde, was sie an wirklicher Arbeit leisten könne. Das Blatt des Zentrums, die „Germania“, schreibt den Mitgliedern der Zentrumspartei auf das Konto der Splitterparteien und der Nichtwähler. Die demokratische „Wojtsche Zeitung“ meint, der Zug nach links sei so stark gewesen, daß die Mitte überraschend worden sei. Die Demokratische Partei, die das Experiment der Reichsregierung auf das schärfste bedauert habe, habe unter dem „Disreditierung der Politik der Mitte durch Zentrum und Volkspartei“ gelitten. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schreibt, die Sozialdemokratie sei entschlossen, ihren eigenen Weg zu gehen, und sie sei fast genug dazu.

### In Deutsch-Oesterreich

wartet die Presse den Wahlausfall als den Erwarteten entprechend. Die „Neue Freie Presse“ in Wien bemerkt dabei, die Wahlen sei frei für eine vollkommene internationale Verständigung. Nun müsse Frankreich sein Versprechen erfüllen und Deutschland von den noch vorhandenen wirtschaftlichen und politischen Fesseln befreien. In Italien messen die Zeitungen dem Auftreten der Splitterparteien große Be-

deutung bei. Das deutsche Bürgertum habe sich in unzählige Parteien mit oft unbegrifflichen Namen zerstückelt. Die Bewirtung sei so groß gewesen, daß sich viele Wähler von der Abstimmung überhaupt ferngehalten hätten.

Von besonderem Interesse ist

die Stellungnahme der französischen Presse.

Der „Temps“ spricht von einer Konsolidierung des republikanischen Regimes und des Friedens und erblickt darin eine Aufgabe von höchster Bedeutung für die gesamte europäische Politik. Die „Revue“ erklärt: Für Frankreich und die Alliierten handelt es sich darum, ob zu Ehren eines linksgerichteten Reichstags ein letztes Mal geschlagenet, d. h. das Rheinland geräumt wird. Der linksstehende „Paris Soir“ führt aus: Die in Frankreich sich auf den deutschen Nationalismus berufen, um die Räumung des Rheinlandes zu bekämpfen, haben ihre Stützen verloren. Für die deutschen Arbeiter ist es dringender denn je, daß man ihnen ein betreutes Rheinland zurückerstatte.

„L'Asiatic“ vertritt den Standpunkt, daß das Ergebnis der Reichstagswahlen die französische Politik verpflichtet; denn, so schreibt er, wenn der Wille Frankreichs, wie wir überzeugt sind, ein Friedenswille ist, wird es dann nicht angebracht sein, diese Gelegenheit zu ergreifen, um die zwischen beiden Völkern fortbestehenden Differenzen zu regeln und lokal von beiden Seiten die Ära der Veröhnung einzuleiten? — Die französische Reichspresse läßt es natürlich auch bei dieser Gelegenheit nicht an Verdächtigungen fehlen. Im übrigen meint sie, die deutsche Außenpolitik würde dieselbe bleiben wie bisher.

### In London

Sprechen die Zeitungen von einem „Sieg des gefunden Menschenverstandes“. In Warschau hat man für die allgemeine Bedeutung der deutschen Wahlen wenig übrig und ist bestürzt, daß die Polen im Preussischen Landtag ihre letzten beiden Mandate verloren haben.

## Plaidoyers in Kolmar.

Der Staatsanwalt sagt an, aber er bemerkt nichts! — Die Erwiderung der Verteidiger.

Nach dreiwöchiger Dauer hat der Autonomienprozess in Kolmar seine letzte Etappe erreicht. Das Interesse der Öffentlichkeit an den Verhandlungen ist außerordentlich groß, Saal und Tribünen sind gut besetzt. Deutlich sind Spannung und Erregung verortbar. Vor den Türen des Schwurgerichts verunruhigen wie am ersten Verhandlungstage Militärabteilungen mit dem Stahlhelm auf dem Kopf. Nach Eröffnung der Sitzung gibt es einige Belanglosigkeiten, dann erhebt sich

### Generalsstaatsanwalt Jachot

in seiner purpurnen Robe und hält die Anklageerbe. Er erklärt zusammenfassend, die Autonomiebewegung gehe von Deutschland aus. Die Mittel für das Komplott stammten aus dem Auslande, und ihr Ursprung sei geheim geblieben. Das Ziel der Angeklagten sei gewesen, das Elsaß von Frankreich zu trennen und damit die Mächte des Elsaß zu Deutschland zu veranlassen. Eine Militärregierung solle in Frage, gegen sie würden alle französisch geminteten Elsäßer sich wenden. Das Ergebnis wäre Bürgerkrieg und Krieg mit dem Auslande. Zum Schluß zählt der Staatsanwalt auf, was Frankreich dem Elsaß jeht Kriegsende geboten haben wird.

Die Ausführungen des Staatsanwalts befragen nichts Neues, man hat die gleichen Bedenkengänge schon früher kennen gelernt. Beweise über der Vertreter der Anklagebehörde oder ebenso schuldig, wie die Anklageschrift und wie die Belastungssengen? Der Generalsstaatsanwalt befaßt sich vielmehr mit pathetischen Sätzen, die von den französisch geminteten Zuschauern dankbar antwortet wurden. So z. B. als schauerlich dankbar antwortet wurden. So z. B. als er ausführte, Dr. Müllin sei von jeder eine Etappe der deutschen Politik getrieben, darum habe er nach dem Waffenstillstand auch sagen können, das Elsaß habe sich wie eine Profiturierte Frankreich an den Hals geworfen.

### Die Verteidiger,

die darauf zu Worte kamen, zerstückelten die Argumente des Staatsanwalts und erklärten, auch sie seien der Ansicht, daß das Elsaß von Frankreich nicht getrennt werden dürfe. Das hätten aber auch die Angeklagten nicht gemollt. Es handle sich um einen politischen Leidenprozess, der aber auf eltsässische Geschworene keinen Eindruck machen und sein Ziel ebenso verfehlt werden, wie die Wahlmacht im Elsaß. Man habe die Behörden in Paris nicht über die Grundlagen des Prozesses unterrichtet. Die eine ige Tatsache, die übrig bleibe, sei die autonomistische Bestimmung. Damit aber könne man ein Komplott nicht begründen.